



Stadt Leverkusen

Vorlage Nr. 2018/2270

Der Oberbürgermeister

III/36-40-04-ja

Dezernat/Fachbereich/AZ

30.05.18

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bürger- und Umweltausschuss	14.06.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	25.06.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk II	26.06.2018	Beratung	öffentlich
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk III	28.06.2018	Beratung	öffentlich
Rat der Stadt Leverkusen	09.07.2018	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Wahlwerbung

1. Erfahrungsbericht zur Wahlwerbung im Rahmen der Landtagswahl im Mai 2017 und der Bundestagswahl im September 2017.
2. Änderung der Richtlinie zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern.
3. Neuregelung zur Aufstellung von Info-Ständen vor Wahlen.

Beschlussentwurf:

1. Der Rat der Stadt Leverkusen nimmt die Erfahrungsberichte zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die in der Anlage dargestellten Änderungen in der Richtlinie zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern, siehe „gelb“ hinterlegt.
3. Der Rat der Stadt Leverkusen beschließt die unter Punkt 4 der Vorlage beschriebene Alternativlösung zur Aufstellung von Info-Ständen zur politischen Werbung innerhalb der 6-Wochen-Frist vor politischen allgemeinen Wahlen.

gezeichnet:

Richrath

In Vertretung
Lünenbach

Schnellübersicht über die finanziellen bzw. bilanziellen Auswirkungen, die beabsichtigte Bürgerbeteiligung und die Nachhaltigkeit der Vorlage

Ansprechpartner/in / Fachbereich / Telefon: Frau Janczura, FB 36, 406-3641

(Kurzbeschreibung der Maßnahme, Angaben zu § 82 GO NRW bzw. zur Einhaltung der für das betreffende Jahr geltenden Haushaltsverfügung.)

Änderung der Richtlinie zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern.

A) Etatisiert unter Finanzstelle(n) / Produkt(e)/ Produktgruppe(n):

(Etatisierung im laufenden Haushalt und mittelfristiger Finanzplanung)

Durch die Änderung der Richtlinie ergeben sich keine zusätzlichen Kosten. Für das Abhängen nicht genehmigter Plakate bzw. nicht genehmigter Standorte stehen zudem Mittel unter IA 36 000 230 0103, Sachkonto 526100, zur Verfügung.

B) Finanzielle Auswirkungen im Jahr der Umsetzung und in den Folgejahren:

(z. B. Anschaffungskosten/Herstellungskosten, Personalkosten, Abschreibungen, Zinsen, Sachkosten)

s. Antwort unter A)

C) Veränderungen in städtischer Bilanz bzw. Ergebnisrechnung / Fertigung von Veränderungsmitteilungen:

(Veränderungsmitteilungen/Kontierungen sind erforderlich, wenn Veränderungen im Vermögen und/oder Bilanz/Ergebnispositionen eintreten/eingetreten sind oder Sonderposten gebildet werden müssen.)

keine

kontierungsverantwortliche Organisationseinheit(en) und Ansprechpartner/in:

D) Besonderheiten (ggf. unter Hinweis auf die Begründung zur Vorlage):

(z. B.: Inanspruchnahme aus Rückstellungen, Refinanzierung über Gebühren, unsichere Zuschusssituation, Genehmigung der Aufsicht, Überschreitung der Haushaltsansätze, steuerliche Auswirkungen, Anlagen im Bau, Auswirkungen auf den Gesamtabschluss.)

E) Beabsichtigte Bürgerbeteiligung:

Weitergehende Bürgerbeteiligung erforderlich	Stufe 1 Information	Stufe 2 Konsultation	Stufe 3 Kooperation
[nein]	[nein]	[nein]	[nein]
Beschreibung und Begründung des Verfahrens: (u.a. Art, Zeitrahmen, Zielgruppe und Kosten des Bürgerbeteiligungsverfahrens)			

F) Nachhaltigkeit der Maßnahme im Sinne des Klimaschutzes:

Klimaschutz betroffen	Nachhaltigkeit	kurz- bis mittelfristige Nachhaltigkeit	langfristige Nachhaltigkeit
[nein]	[nein]	[nein]	[nein]

Begründung:

1.) Sachverhalt

Mit Vorlage Nr. 2017/1496 hat der Rat der Stadt Leverkusen in seiner Sitzung am 20.02.2017 beschlossen, die Richtlinie zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern hinsichtlich der Wahlwerbung für die Landtagswahl im Mai 2017 nur beschränkt anzuwenden. Gemäß dem Beschluss sollte wie folgt verfahren werden:

„Die Plakatierung erfolgt im 3-Monatszeitraum an 400 Standorten mit den Festsetzungen aus der Plakatierungsrichtlinie, wobei die Plakate 3 Arbeitstage nach Ablauf der Genehmigung an diesen Standorten zu entfernen sind. In der 6-wöchigen Zeit vor der Wahl können an 450 anderen festgelegten und durch Markierung gekennzeichneten Standorten alle Parteien je 2 Plakate gegenüberliegend (doppelseitig) der max. Größe A 0 (keine Dreieckständer) anbringen. Diese Plakate sind ebenfalls 3 Arbeitstage nach der Wahl zu entfernen. Die Genehmigung erfolgt im Rahmen einer gebührenfreien Sondernutzungserlaubnis. Die Plakate müssen mindesten 2,20 m über einem Radweg bzw. 2,00 m über einem Gehweg aufgehängt werden.“

Aufgrund der - aus Sicht der Verwaltung - durchweg positiven Bewertung der Plakatierung zur Landtagswahl im Mai 2017 wurde dasselbe Verfahren auch bei der Bundestagswahl im September 2017 angewandt, allerdings mit kleinen Modifikationen (vgl. Vorlage Nr. 2017/1678, Beschluss des Rates vom 10.07.2017):

- In der 6-wöchigen Zeit vor der Wahl wurden statt der bislang 450 Standorte 600 Standorte zur Verfügung gestellt.
- Gleichzeitig dürfen an jedem Mast nur max. 3 Plakate übereinander angebracht werden.
- Die Frist zum Abhängen der Wahlplakate wird auf 7 (Arbeits-)Tage nach der Wahl verlängert (statt 3 Tage).

2.) Erfahrungsbericht

2.1 zur Landtagswahl im Mai 2017

Der Erfahrungsbericht zur Landtagswahl im Mai 2017 wurde bereits mit Vorlage Nr. 2017/1678 erstellt. Zur Vermeidung von Wiederholungen wird auf die Vorlage verwiesen.

2.2 zur Bundestagswahl im September 2017

Nach der Wahl wurde seitens einer Partei u. a. moniert, dass die Standorte, die für die Landtagswahl zur Verfügung gestellt wurden, zum Großteil nicht für die Bundestagswahl verwendet werden konnten. Die für die Landtagswahl zur Verfügung gestellten Standorte konnten für die Bundestagswahl zum Großteil nicht verwendet werden, da diese entweder durch andere Werbemaßnahmen bereits belegt bzw. durch laufende Baumaßnahmen nicht nutzbar waren.

Da davon ausgegangen wurde, dass das Werbeinteresse bei der Bundestagswahl größer ist als bei der Landtagswahl, wurden für den 6-wöchigen Zeitraum vor der Wahl 150

zusätzliche Standorte zur Verfügung gestellt (also insgesamt 600 Standorte). Die zusätzlichen Standorte wurden ebenfalls mit einer Markierung gekennzeichnet.

Gleichzeitig wurde mit der Erhöhung der Anzahl der Standorte vereinbart, dass an jedem Mast nur max. 3 Plakate übereinander angebracht werden dürfen. Überprüfungen/Kontrollen ergaben, dass diese Vereinbarung überwiegend eingehalten wurde. Die bereits vorgenommene durchweg positive Bewertung der Anwendung bei der Landtagswahl kann ebenso für die Bundestagswahl getroffen werden. Daher sollten die vorgenommenen Änderungen bei politischen Wahlen auch zukünftig Anwendung in der zuletzt modifizierten Form finden.

3.) Zukünftige Verfahrensweise:

Durch Vorgaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW ist Wahlwerbung innerhalb einer Zeit von drei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag zulässig. Zu den allgemeinen politischen Wahlen zählt auch die Wahl des Integrationsrates.

Hierbei wird zwischen 2 Zeiträumen unterschieden:

- Wahlwerbung ab dem 41. Tag vor der Wahl (1. Zeitraum, gebührenfrei),
- Werbung in der Zeit ab 3 Monate bis zum 42. Tag vor der Wahl (2. Zeitraum, gebührenpflichtig).

Aufgrund der positiven Erfahrungen bei der Landtags- und Bundestagswahl 2017 wird vorgeschlagen, diese Änderungen nunmehr in die Richtlinie aufzunehmen. Dies betrifft auch das Genehmigungsverfahren: Auf den Abschluss der öffentlich-rechtlichen Verträge soll zukünftig verzichtet werden, weil sich insbesondere eine Partei/Gruppierung in der Vergangenheit weigerte, den Vertrag abzuschließen. Zukünftig sollen daher wieder Sondernutzungserlaubnisse erteilt werden. Auf die Antragstellung, die auch formlos erfolgen kann, kann nicht verzichtet werden, da der jeweils Verantwortliche der Partei/Gruppierung für etwaige Rückfragen etc. bekannt sein muss.

Weiterhin werden separate Standortlisten für die Wahlwerbung erstellt und zur Verfügung gestellt. Dabei wird sichergestellt, dass die Standorte mit einer gelben Markierung versehen sind. Allerdings fiel bei den letzten beiden Wahlen auf, dass bei verschiedenen Standorten keine Markierung vorgenommen werden konnte, da die Markierung nicht haften blieb. Diese Standorte werden dann zukünftig in den Listen mit einem Hinweis besonders kenntlich gemacht (z. B. Markierung fehlt).

Für den 1. Zeitraum wird eine Liste mit 700 Standorten und für den 2. Zeitraum eine Liste mit 400 Standorten erstellt. Diese Standorte sollen dann zukünftig bei allen politischen Wahlen genutzt werden, sofern diese nicht durch Baustellen etc. wegfallen. Sie werden vor den jeweiligen Wahlen einer erneuten Kontrolle unterzogen, ob sie auch weiterhin uneingeschränkt nutzbar sind. Insofern kann es möglich sein, dass Anpassungen erfolgen müssen. Allerdings wird seitens der Verwaltung sichergestellt, dass nach Möglichkeit die einmal festgelegten Standorte beibehalten werden.

Da die Standorte auch beidseitig genutzt werden können, ist eine weitere Ausweitung der Standorte nicht erforderlich, da sich bereits bei den Wahlen im Jahr 2017 gezeigt hat, dass nicht alle zur Verfügung gestellten Standorte genutzt wurden.

Die sich ergebenden Änderungen werden in Punkt 12 der Richtlinie aufgenommen. Aufgrund der organisatorischen Änderung der Fachbereiche Bürgerbüro (ehemals FB 33) und Straßenverkehr (FB 36) zum 01.01.2018 wird gleichzeitig die neue Fachbereichsbezeichnung (Fachbereich Bürger und Straßenverkehr, FB 36) aufgenommen. Die vorgesehenen Änderungen sind der Anlage zu entnehmen und wurden zur besseren Erkennbarkeit in „gelb“ hinterlegt.

4.) Infostände der Parteien vor den Wahlen

Hinsichtlich der Wahlplakatierung ging hier auch der Hinweis einer Partei zum Verfahren der Vergabe von Infoständen zur politischen Werbung ein. Problematisch ist, dass seit der Vergabe der Wochenmärkte an die Marktgilde keine Infostände mehr auf den Märkten möglich sind. Insofern müssen Ausweichflächen gesucht werden, die teils kurz vor den Wahlen nicht mehr in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Gewünscht wurde eine generelle Genehmigung, die jedoch nicht erteilt werden kann, da dies zu Kollisionen mit anderen Genehmigungen führen könnte.

Um auch hier den Wünschen gerecht zu werden, kann folgende Alternative angeboten werden: In den Fußgängerzonen von Opladen, Wiesdorf und Schlebusch werden in der 6-Wochen-Frist vor allgemeinen politischen Wahlen Stellflächen für Infostände reserviert, die von den zur Wahl zugelassenen Parteien/Gruppierungen genutzt werden können. Es sollen Flächen in ausreichender Größe vorgehalten werden, sodass jeder Partei/Gruppierung das Aufstellen eines kleinen Infostandes ermöglicht wird.

Im Sinne einer beiderseitigen Arbeitserleichterung wird der ohnehin zu stellende Antrag für die Plakatierungsmaßnahmen um diesen Punkt ergänzt, da auch in diesem Fall der jeweils Verantwortliche für die Maßnahme dem Fachbereich Bürger und Straßenverkehr (FB 36) gegenüber bekannt gegeben werden muss. Der Antrag kann aber auch formlos gestellt werden.

Die entsprechende Liste der reservierten Stellflächen für die Infostände wird dann gemeinsam mit der Standortliste für die Plakatierungen zur Verfügung gestellt. In jeder Fußgängerzone sollen 3 größere Flächen für die Infostände reserviert werden. Jede Partei/Gruppierung kann hiervon jedoch nur 1 qm nutzen, es sei denn, dass andere Parteien/Gruppierungen die Fläche nicht nutzen und somit mehr Platz zur Verfügung steht. Nur in diesem Fall kann der jeweilige Stand ausgedehnt werden. Ansonsten ist die Begrenzung zu beachten.

Weitere Flächen rund um die Märkte können nicht zur Verfügung gestellt werden, da die Platzverhältnisse hierfür nicht ausreichen. Es müsste mit den Ständen auf die Bürgersteige ausgewichen werden, die teils hierfür zu schmal sind und die Bewegungsfläche für Fußgänger einschränken würden.

Da zudem die Kostenpflicht moniert wurde, obwohl für die Genehmigung nur die Verwaltungsgebühr berechnet wurde, wird vorgeschlagen, die Sondernutzungsgebühr für die 6-Wochen-Frist vor der Wahl auszusetzen und auf die Erhebung der Gebühr zu verzichten. Somit würden die Genehmigungen für Infostände während dieses Zeitraumes kostenfrei erteilt.

Sollten weitere Flächen außerhalb der o. g. Fußgängerzonen gewünscht sein, so müssten diese separat beantragt werden. Für die Genehmigung würden dann jedoch wieder die entsprechenden Gebühren anfallen. Dies gilt auch für Anträge vor der 6-Wochen-Frist.

(Hinweis des Fachbereichs Oberbürgermeister, Rat und Bezirke: Die Anlage ist im Ratsinformationssystem in farbiger Darstellung einzusehen.)

Anlage/n:

Änderung der Richtlinie für Plakate und Dreieckständer ab 01.08.2018



RICHTLINIE

zum Anbringen von Werbeplakaten und Aufstellen von Dreieckständern

1. Rechtsgrundlage

Gem. §§ 18 und 19 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NW) ist die Benutzung der Straßen über den Gemeingebrauch hinaus eine Sondernutzung. Die Erlaubnis von Sondernutzungen ist in der Satzung über Erlaubnisse und Gebühren für Sondernutzungen in öffentlichen Straßen in der Stadt Leverkusen (Sondernutzungssatzung) in der jeweils aktuellen Fassung geregelt. Ihre Erteilung liegt im Ermessen der Verwaltung. Dabei können stadtgestalterische Aspekte berücksichtigt werden.

2. Geltungsbereich

Diese Richtlinie gilt - unabhängig vom Rechtsstatus des Aufstellers - für alle im Rahmen einer Sondernutzung nach §§ 18, 19 StrWG NW angebrachten bzw. aufgestellten Werbeplakate und Dreieckständer.

3. Antragstellung

3.1 Antrag

Der Antrag ist schriftlich – mindestens 14 Tage vor Durchführung der Arbeiten – bei der

Stadt Leverkusen
Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr
Haus-Vorster Str. 8
51379 Leverkusen

oder einer von ihr ggf. beauftragten Firma zu stellen. Die Stadt behält sich vor, die Bearbeitung vollständig oder in Teilen auf einen Dritten zu übertragen. Beim **Fachbereich Bürger und** Straßenverkehr oder ggf. einer beauftragten Firma ist das entsprechende Antragformular erhältlich. Es kann auch auf der Homepage der Stadt Leverkusen abgerufen werden (www.leverkusen.de). Der Antrag ist vollständig auszufüllen.

Für wiederkehrende Veranstaltungen, die z.B. wöchentlich oder monatlich stattfinden, können Sondernutzungen in einem Antrag nur für maximal 3 Monate im Voraus beantragt werden.

Anträge für Veranstaltungen **innerhalb von Leverkusen** werden bevorzugt genehmigt. Anträge für Veranstaltungen **außerhalb von Leverkusen** werden aufgrund der Vielzahl der Veranstaltungen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Kapazitäten genehmigt.

3.2 Baugenehmigung

Gem. § 65 Abs. 1 Nr. 33 der Bauordnung NRW (BauO NRW) bedürfen Werbeanlagen sowie Hinweiszeichen nach § 13 Abs. 3 Nr. 3 BauO NRW bis zu einer Größe von 1 m² keiner Baugenehmigung. Für darüber hinaus gehende Flächen ist in der Regel eine Baugenehmigung erforderlich. Diese ist im Fachbereich Stadtplanung und Bauaufsicht einzuholen und bei Antragstellung vorzulegen.

4. Standorte der Plakate / Dreieckständer

- 4.1 Der Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr hat unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben (Straßenverkehrsordnung, Bauordnung NRW und Denkmalschutzgesetz) eine Liste mit bis zu **2.200 Standorten** erstellt (sog. „Standortliste“). Es handelt sich dabei hauptsächlich um Laternenmasten und einige ausgewählte Bäume. Das Anbringen von Werbung durch Aufhängen von Plakaten und Aufstellen von Dreieckständern ist ausschließlich an diesen ausgewählten Standorten erlaubt. Mit Antragsbewilligung erfolgt eine Zuteilung der Standorte, wobei die Wünsche der Antragsteller soweit möglich berücksichtigt werden.



Aus gestalterischen Gründen werden in Fußgängerzonen nur wenige Plakate bzw. Dreieckständer genehmigt.

4.2 Bei der Auswahl der Standorte werden folgende Vorgaben berücksichtigt:

a) Gem. § 33 Satz 2 StVO ist das Anbringen von Werbung und Propaganda an Verkehrszeichen und –einrichtungen unzulässig.

b) Abstände

Zu folgenden Einrichtungen ist in Fahrtrichtung gesehen ein Mindestabstand von **10 Metern** einzuhalten:

- Fußgängerüberwege
- Kreuzungen
- Einmündungsbereiche
- Kreisverkehre
- Querungshilfen
- Fahrgastunterstände und Stadtinfoanlagen (ab Außenkante)

c) Verbote

- Plakate / Dreieckständer dürfen an folgenden Standorten **nicht** angebracht werden:
 - Verkehrszeichenmasten
 - Lichtsignalanlagen
 - Geschwindigkeitsüberwachungsanlagen (sog. Starenkästen)
 - sonstige Verkehrseinrichtungen (Straßennamenschilder, Wegweisungsbeschilderung etc.)
 - Pflanzflächen (mit Pflanzen und Gehölzen bepflanzte Vegetationsflächen)
 - Bäume (**gilt nur für Plakate, aber nicht für Dreieckständer**)
 - Parkscheinautomaten
- Die Aufstellung von Dreieckständern in Rasenflächen und in Flächen um Bäume herum ist nur zulässig, wenn diese nicht zu zusätzlichen Vegetationszwecken genutzt werden. Die Beseitigung bzw. Herrichtung erfolgter Beschädigungen werden dem Veranstalter in Rechnung gestellt.
- In der unmittelbaren Nähe (Mindestabstand 2 m) zu Verkehrszeichen (§ 39 Straßenverkehrsordnung - StVO -) ist ein Aufstellen nur zulässig, soweit eine Sichtbehinderung oder anderweitige Verkehrsbehinderung oder -beeinträchtigung ausgeschlossen werden kann.

5. Vorgaben zur Nutzung der Standorte

5.1 Das gesetzlich vorgeschriebene Lichtraumprofil ist nach III Nr. 13 der allgemeinen Verwaltungsvorschriften zu den §§ 39-43 StVO einzuhalten. Dies bedeutet, dass zwischen der We-
gefläche und der Unterseite von Plakaten ein Mindestabstand von

- 2,00 m über den Gehwegen
- 2,20 m über den Radwegen und kombinierten Rad-/ Gehwegen
- 4,50 m über den Fahrbahnen

einzuhalten ist. Darüber hinaus ist darauf zu achten, dass in allen Fällen ein seitlicher Abstand zur Fahrbahn von 0,50 m einzuhalten ist.

5.2 Plakate dürfen nur mit Kunststoffband angebracht werden, **nicht** mit Draht, um eine Beschädigung der Laternenmasten zu vermeiden.

5.3 Das sichere Anbringen der Plakate - insbesondere die Absicherung gegen Abrutschen – bzw. die Standfestigkeit der Dreieckständer ist zu gewährleisten.



- 5.4 An jedem Standort ist nur eine Werbemaßnahme zulässig. Dies gilt sowohl für Plakate als auch für Dreieckständer. Die Laternenmasten können dabei für 2 Plakate genutzt werden (doppelseitige Plakatierung).

Ausnahme: Wahlwerbung, s. hierzu Ziffer 12.

6. Verbote

- 6.1 Eine entgeltliche Weitervermietung oder auch unentgeltliche Überlassung von Plakatflächen oder Dreieckständern an andere Nutzer ist nicht möglich bzw. erlaubt.
- 6.2 Darstellungen und Aussagen in der Werbung dürfen nicht die Menschenwürde und das allgemeine Anstandsgefühl verletzen oder gegen Gesetze verstoßen und bestimmte Personen nicht herabwürdigen oder verächtlich machen. Bei Werbeplakaten, deren Inhalte oder Darstellung gegen die Menschenwürde verstoßen oder frauenfeindliche und sexistische Inhalte oder Darstellungen enthalten, wird keine Erlaubnis erteilt. Zweifelsfälle werden mit der Frauenbeauftragten der Stadt Leverkusen beraten. Bei Verstößen gegen diese Regelung erlischt die erteilte Sondernutzungserlaubnis mit sofortiger Wirkung.
- 6.3 Werbung mit politischem Inhalt, wie z.B. politische Aussagen, Wertungen als auch die Ankündigung politischer Veranstaltungen, werden auf die Zeit von 3 Monaten vor allgemeinen politischen Wahlen beschränkt. Außerhalb dieser Zeit ist politische Werbung auf Dreieckständern und anderen mobilen Plakatflächen jeglicher Art auf städtischen Flächen nicht zulässig. Einzelheiten zur Werbung vor allgemeinen politischen Wahlen sind unter Punkt 12 geregelt.

Werbungen in Zusammenhang mit Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden gemäß Art. 67 a, 68 der Landesverfassung NRW sowie Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden im Sinne des § 26 der Gemeindeordnung NRW sind von dem in Ziffer 6.3 erster Absatz enthaltenen Verbot ausgenommen und erlaubt.

Bei Volksinitiativen ist Werbung für den Zeitraum von insgesamt 3 Monaten erlaubt. Die Werbung kann in der Zeitspanne zwischen der schriftlichen Anzeige der Unterschriftensammlung beim Ministerium für Inneres und Kommunales NRW und dem Eingang des Antrages beim Präsidium des Landtages erfolgen; allerdings darf sie insgesamt nicht länger als drei Monate dauern.

Bei Volksbegehren ist Werbung in dem Zeitraum vom Tage der Veröffentlichung der Zulassung der Listenauslegung bis zum Ablauf der Eintrags- oder Nachfrist erlaubt.

Bei Volksentscheiden ist Werbung vom Tag der Veröffentlichung des Abstimmungstages bis zum Tag vor dem Abstimmungstag, nicht jedoch am Abstimmungstag selbst, erlaubt.

Bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden ist die Werbung hierfür erlaubt. Die Fristen für die Dauer der Werbemaßnahme ergeben sich aus § 26 Abs. 3 sowie Abs. 6 der Gemeindeordnung NRW.

7. Kennzeichnung genehmigter Werbeplakate

- 7.1 Mit der Sondernutzungserlaubnis erhält der Antragsteller Aufkleber für die genehmigten Plakate. Diese sind mit einem Gültigkeitsdatum versehen. An jedem genehmigten Plakat ist 1 Aufkleber anzubringen. Bei Werbung mittels Dreieckständern genügt 1 Aufkleber pro Ständer, da ohnehin nur eine Werbemaßnahme pro Ständer erlaubt ist. Bei Plakaten mit separaten Aufklebern für Veranstaltungstage ist der Aufkleber des Fachbereiches **Bürger und** Straßenverkehr oder eines von ihr beauftragten Dritten auf diesen anzubringen.

Alle Plakate, die keine Kennzeichnung durch die Aufkleber tragen, werden aus Sicherheitsgründen bzw. wegen fehlender Erlaubnis abmontiert. Die Demontage erfolgt entweder durch



den Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr oder eines beauftragten Dritten. In beiden Fällen gehen die entstehenden Kosten zu Lasten des Veranstalters.

7.2 **Ausnahme:** Die Kennzeichnungspflicht entfällt bei der Wahlwerbung (s. hierzu Ziffer 12).

8. Stückzahlen / Genehmigungszeitraum / Antragsablehnung

8.1 Zeitraum und Umfang der Plakatierung

Der Zeitraum und der Umfang der Plakatierung wird unter Berücksichtigung der Art der Veranstaltung / Werbemaßnahme wie folgt genehmigt:

	kleine Veranstaltungen / sonstige Werbung	große Veranstaltungen	mehrwöchige Veranstaltungen
Beschreibung	Veranstaltungen an einem Tag oder sonstige Werbemaßnahmen	Veranstaltungen an mehreren Tagen	Veranstaltungen über mehrerer Wochen
Beispiele	Trödel- und Computermärkte, Straßenfeste, Veranstaltungen in der Smidt-Arena und dem Forum / Hinweise auf besondere Aktionen, Neueröffnungen	Stadtteilstädte, Bierbörse, Opladener Trödelkirmes, eine Plakatierung für mehrere zusammenhängende Veranstaltungen (z.B. Damen- und Herrensitzung im Karneval)	Weihnachtsmärkte, kulturelle Veranstaltungen wie die Leverkusener Jazztage
Zeitraum der Plakatierung	max. 2 Wochen	max. 6 Wochen	max. 8 Wochen
Anzahl der Standorte	max. 50 Standorte	max. 100 Standorte	max. 100 Standorte

8.2 Antragsablehnung

Sofern bei früheren Veranstaltungen eines Antragstellers Verstöße gegen die Anbringungsregeln festgestellt wurden, kann die Erteilung der Sondernutzungserlaubnis bei Unzuverlässigkeit verweigert bzw. erst nach Entrichtung der fälligen Gebühren erteilt werden.

Kollidiert die beantragte Dauer der Sondernutzung mit der Frist von 41 Tagen vor allgemeinen politischen Wahlen, so endet die erteilte Sondernutzungserlaubnis spätestens am 45. Tag vor der betreffenden Wahl.

9. Genehmigungsverfahren / Gebührenberechnung

9.1 Der Antragsteller erhält bei Vollständigkeit des Antrages eine Sondernutzungserlaubnis nebst eines Gebührenbescheides. Die aktuellen Gebührentarife sind in der Sondernutzungssatzung geregelt.

Mit der Plakatierung darf erst begonnen werden, wenn eine Sondernutzungserlaubnis erteilt wurde.

Die Erlaubnis wird unter dem Vorbehalt des jederzeitigen Widerrufs erteilt.

9.2 Werden die unter Punkt 8 genannten Fristen bei einer erteilten Sondernutzungserlaubnis unterschritten, so ist im Falle einer gewünschten Weiternutzung bis zum max. Genehmigungszeitraum beim Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr oder einem beauftragten Dritten unaufgefordert ein Verlängerungsantrag zu stellen. Der Antrag muss spätestens eine Woche vor Ablauf der Erlaubnis vorliegen.

9.3 Die Neuvergabe eines Standortes zum Aufhängen von Werbeplakaten bzw. zum Aufstellen von Dreieckständern erfolgt erst 15 Arbeitstage nach Ablauf der davor erteilten Sondernutzungserlaubnis. Damit ist eine Anschlussplakatierung ausgeschlossen.

Ausgenommen hiervon wird der 3-monatige Werbezeitraum vor allgemeinen politischen Wahlen sowie für Werbemaßnahmen nach Ziffer 6.3 (Volksinitiativen, Volksbegehren etc.).



10. Hinweis zum Entfernen von Plakaten / Dreieckständern

10.1 Plakate / Dreieckständer, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen

Hinweisplakate / Dreieckständer, die die Verkehrssicherheit beeinträchtigen, werden sofort durch den **Fachbereich Bürger und** Straßenverkehr oder durch einen beauftragten Dritten kostenpflichtig entfernt.

10.2 Plakate / Dreieckständer deren Genehmigungsfrist abgelaufen ist

Die Plakate / Dreieckständer, die genehmigt wurden, sind unaufgefordert spätestens **3 Arbeitstage** nach Ende der Genehmigungsfrist zu entfernen.

Erfolgt dies nicht, wird der Erlaubnisinhaber aufgefordert, die Plakate / Dreieckständer innerhalb von **48 Stunden** zu entfernen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die Plakate / Dreieckständer durch den Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr oder einen beauftragten Dritten entfernt und **eine Woche** in den Räumen des Fachbereiches **Bürger und** Straßenverkehr oder eines beauftragten Dritten zur Abholung eingelagert. Die Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes sind bei den Ersatzvornahmen zu beachten.

Die anfallenden Kosten für dieses Verfahren werden dem Erlaubnisinhaber in Rechnung gestellt.

Werden die Plakate / Dreieckständer nicht abgeholt und müssen durch den Fachbereich **Bürger und** Straßenverkehr oder den beauftragten Dritten entsorgt werden, erfolgt auch hier eine entsprechende Inrechnungstellung.

10.3 nicht genehmigte Plakate / Dreieckständer

Bei Plakaten / Dreieckständer, die ohne Genehmigung im Stadtgebiet angebracht sind, wird, abhängig vom Grad der Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, das Verfahren entsprechend Ziffer 10.1 oder 10.2 angewendet.

11. Sonderregelungen

11.1 Für genehmigte Werbeträger der MOPLAK Medien Service GmbH gelten die Richtlinien mit Ausnahme der Punkte 3, 4.1 sowie 6 bis 10.

Die vertraglich zugesicherten Rechte der Firma MOPLAK Medien Service GmbH werden durch die Richtlinie nicht eingeschränkt.

11.2 Für die im Stadtgebiet angebrachten Hotelwegweiser im Rahmen der „Hotelroute“ gelten die Richtlinien nur hinsichtlich der Punkte 4.2 und 5, da diese hauptsächlich der Wegweisung dienen und nur subsidiär zu Werbezwecken genutzt werden.

11.3 Für die im Rahmen städtischer Tiefbaumaßnahmen aufgestellten Dreieckständer der TBL gelten die Punkte 3, 4.1 sowie 6 bis 10 nicht.

Die Aufstellregelungen nach Punkt 4.2 und 5 dieser Richtlinien sind nicht zu beachten, wenn Ständer innerhalb der Baustellenfläche aufgestellt werden. Zwei Wochen vor Aufstellung ist der **Fachbereich Bürger und** Straßenverkehr oder ein beauftragter Dritter über die Anzahl, die Dauer und die Aufstellorte zu informieren.

11.4 Die Vorgaben nach Ziffer 8 entfallen,

- wenn durch eine vertragliche Regelung mit dem Veranstalter im Interesse der Stadt Leverkusen mit Zustimmung des Oberbürgermeisters Sonderregelungen getroffen wurden oder
- wenn es sich um Eigenwerbung für die Stadt Leverkusen und ihr Image handelt.

11.5 Den Bezirksvertretungen wird die Möglichkeit eingeräumt, pro Stadtbezirk an einer festen Stelle eine Werbemöglichkeit für stadtteilbezogene Werbung zu schaffen, z.B. mittels eines Schaukastens oder einer Litfasssäule. Eine Ausweitung der Standorte pro Stadtteil soll im Zuge einer anstehenden Vertragsänderung mit der Fa. MOPLAK ermöglicht werden. Die Werbemöglichkeit ist von den Bezirksvertretungen auf eigene Kosten einzurichten. Der Standort ist vorab unter Berücksichtigung von straßenrechtlichen Belangen und bestehender Verträge mit den Fachbereichen **Bürger und Straßenverkehr, Stadtplanung und Bauaufsicht,**



Finanzen - Liegenschaften, der Firma MOPLAK Medien Service GmbH und den TBL abzustimmen.

Die Werbung wird in Eigenregie durch die Bezirksvertretungen geregelt. Diese können eigene Nutzungsbedingungen festlegen. Es sind lediglich die Vorgaben nach Ziffer 6 zu berücksichtigen.

11.6 Weitere Ausnahmen von den Regelungen dieser Richtlinie können nur mit Zustimmung des Rates der Stadt Leverkusen zugelassen werden.

12. Verfahren bei Werbung für allgemeine politische Wahlen

Durch Vorgaben des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW ist Wahlwerbung innerhalb einer Zeit von drei Monaten unmittelbar vor dem Wahltag zulässig.

Zu den allgemeinen politischen Wahlen zählt auch die Wahl des Integrationsrats.

Hierbei wird zwischen 2 Zeiträumen unterschieden:

- Wahlwerbung ab dem 41. Tag vor der Wahl (1. Zeitraum)
- Werbung in der Zeit ab 3 Monate bis zum 42. Tag vor der Wahl (2. Zeitraum).

Die Parteien, politischen Gruppierungen, Wählervereinigungen etc. müssen für die Wahlwerbung rechtzeitig vorab einen Antrag auf Erteilung einer Sondernutzungserlaubnis stellen, s. hierzu auch Pt. 3.1 der Richtlinie.

Für den 1. Zeitraum werden insgesamt **700** Standorte zur Verfügung gestellt.

Jeder dieser Standorte darf von jeder Partei, politischen Gruppierung, Wählervereinigung etc. genutzt werden, wobei sicherzustellen ist, dass max. 3 Plakate übereinander an einem Standort angebracht werden und das Lichtprofil eingehalten wird. Ebenso ist eine doppelseitige Plakatierung erlaubt.

Eine Standortliste wird rechtzeitig vorab zur Verfügung gestellt. An den Standorten sind nur noch Plakatierungen erlaubt, so dass Werbung mittels Dreieckständern ausscheidet.

Die Vorgaben nach Ziffer 5.1 – 5.3 sind dabei unbedingt zu beachten. Die Regelung bezüglich der Kennzeichnung der Plakate (s. Ziffer 7) entfällt. Diese Werbung ist gebührenfrei.

Für den 2. Zeitraum werden 400 Standorte zur Verfügung gestellt. Ansonsten gelten die gleichen Regularien wie für den 1. Zeitraum. Diese Werbung ist gebührenpflichtig. Die Gebühren werden entsprechend den Vorgaben der Sondernutzungssatzung erhoben.

Die Werbung liegt in der Eigenverantwortung der politischen Parteien / Gruppierungen.

Werbungen mit politischem Inhalt dürfen auch außerhalb des öffentlichen Straßenraums nicht an Zäunen auf städtischen Grundstücken, wie z. B. Schulen, Kindertagesstätten, unbebauten Grundstücken angebracht werden.

Die Wahlplakate sind innerhalb von 7 Arbeitstagen nach der Wahl bzw. nach Ablauf der Genehmigung zu entfernen.

Wird diese Frist nicht eingehalten greifen die Regularien nach Pt. 10.2 der Richtlinie.

13. Inkrafttreten

Die Richtlinie tritt am 01.08.2018 in Kraft.

Stadt Leverkusen
Der Oberbürgermeister

Datum: _____